

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Union versprach Milliarden – doch die Bürgergeld-Reform spart nichts ein](#)
2. [Auf die Revolte folgt die Repression](#)
3. [»Ihr müsst auch liefern«, warnt der Kanzler](#)
4. [Erzeugerpreise als frühes Signal für steigende Verbraucherpreise?](#)
5. [Volkswagen: Klassenkampf von oben](#)
6. [Allen Wahlniederlagen zum Trotz geht der Angriff der Regierung auf den Sozialstaat ungebremst weiter: Ansagen von oben](#)
7. [In der Eskalationsspirale](#)
8. [Trump, Selenskyj, die Realität eines russischen Sieges.](#)
9. [Waffen für Kiew: Ukraine darf künftig Rüstungsgüter über Nato-Agentur NSPA beschaffen](#)
10. [Finnland will eine Million Landminen kaufen](#)
11. [IPPNW appelliert an Bundesregierung, sich an Verhandlungen zu beteiligen](#)
12. [Neue Spannungen im Nahen Osten: Neue Angriffspläne, Iran droht](#)
13. [Kriegstauglich bis ins Krankenzimmer](#)
14. [Flasbarth schmeißt hin](#)
15. ["Erfolglosester Flughafen Europas": Berliner BER wird von Warschau überholt](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Union versprach Milliarden – doch die Bürgergeld-Reform spart nichts ein**
Milliarden von Euro würde der Bund durch eine Reform des Bürgergelds sparen

können – so hatte die Union die Einführung der neuen Grundsicherung beworben. Experten vom Ifo-Institut kritisieren: Das Versprechen wird nicht eingelöst. Enttäuschte Erwartungen: Die seit Juli geltende neue Grundsicherung entlastet den Bundeshaushalt nicht. Das ergibt eine Auswertung der „Süddeutschen Zeitung“ aus den Monatsberichten des Bundesfinanzministeriums.

Die Kosten für die Grundsicherung inklusive Mieten liegen in den Monaten Juli (3,5 Milliarden Euro), August (3,4) und September (3,3) auf dem Niveau der Vorjahresmonate im Jahr 2025 (Juli: 3,5; August: 3,5; September: 3,4). Geringe Schwankungen zeigen sich auch in den Monaten der ersten Jahreshälfte, als die Reform noch nicht galt.

Im Wahlkampf hatte die Union versprochen, mit einer Reform des Bürgergelds Milliarden Euro zu sparen. Experten sind nicht überrascht, dass das nicht eingetreten ist:

Quelle: [Welt Online](#)

dazu: **Keine Überraschung. Die „Bürgergeld“-Abwicklung spart keine Milliarden Euro-Beträge. Sie könnte sogar mehr Geld kosten**

Was für ein (neuer) „Skandal“: Bürgergeld-Reform spart nicht einmal 100 Millionen Euro! So titelt die Zeitung mit den großen Buchstaben und schiebt sogleich hinterher: »Dabei hatte Merz vor Kurzem noch Ersparnisse von 5 Milliarden versprochen.« Seien wir an dieser Stelle genau: Der Bundeskanzler hat das, was man beim Bürgergeld einsparen könnte, bereits heruntergeschraubt. Im Bundestagswahlkampf war von zehn Milliarden die Rede und noch Anfang Oktober 2025 wurde der übereifrige CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann mit Blick auf die zu erwartenden Einsparungen vom ZDF mit diesen Worten zitiert: „Es sind sehr viele Milliarden, da bin ich mir ganz sicher“.

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

2. Auf die Revolte folgt die Repression

Nach den Protesten und Krawallen vom Wochenende antworten Frankreich, Italien und andere Länder mit Repression. Die EU schaut weiter weg – auch bei rechtsstaatlich zweifelhaften Maßnahmen.

- Frankreich verlängert Ausgangssperren. Paris, Lyon, Nizza: Nach den Krawallen haben mehrere Städte nächtliche Ausgangssperren verhängt. „Heute Abend werden weitere Ausgangssperren beschlossen, wo es die Lage erfordert“, kündigte Premier Lecornu am Dienstag an. Gleichzeitig bereitet sich die Regierung auf neue Proteste am Wochenende vor – mit einem massiven Polizeiaufgebot. Auch Soldaten könnten aufmarschieren.

- Italien schickt Soldaten. Die Regierung Meloni schickt 500 Soldaten nach Mailand. Im Gespräch sind auch Ausgangssperren in bestimmten Bereichen der Innenstädte. Meloni hatte nach den Krawallen in Mailand und verschiedenen anderen Städten ein hartes Vorgehen angekündigt.
- Portugal lässt Plätze räumen. In Lissabon wurde ein zentraler Platz mit Polizeigewalt geräumt. Nach Angaben des Senders RTP nahm die Polizei mindestens 20 Personen fest. Die Demonstranten hatten im Zentrum von Lissabon und Porto für das Recht auf Wohnen campiert.
- Albanien beschuldigt Russland. Die Polizei von Tirana gab bekannt, dass im Zuge der gewaltsamen Proteste in Albanien bisher 271 Personen festgenommen wurden. 51 von ihnen sollen Vorstrafen haben. Premier Rama behauptete, die Proteste würden von Russland angeheizt.
- Belgien für "absolute Härte". Innenminister Quintin plädiert nach Ausschreitungen in Brüssel und Lüttich für "absolute Härte". Er plant, Fotos von Vermummten zu veröffentlichen, damit sie identifiziert werden können. Bisher war das tabu - aus rechtlichen Gründen.

Die EU schaut weiter weg. Die EU-Kommission hat bisher weder die (berechtigten) Anliegen der Demonstranten noch die (knallharte) Reaktion der EU-Staaten aufgegriffen. Ob die Repression mit dem Rechtsstaat vereinbar ist? Kein Thema!
Quelle: [Lost in Europe](#)

dazu auch: **Trotz Sparhaushalt: Frankreich plant 2,3 Millionen Euro für Macrons neue Büros**

Die Regierung verlangt Rentnern und Beamten finanzielle Einschnitte ab. Gleichzeitig geraten die kostspieligen Privilegien ehemaliger Staatsschefs in den Fokus. Frankreichs Regierung will die Staatsausgaben begrenzen, Rentenerhöhungen einschränken und Milliarden einsparen. Doch ausgerechnet im Haushaltsentwurf für 2027 findet sich eine bemerkenswerte Ausgabe: 2,3 Millionen Euro sind für die künftigen Büroräume von Präsident Emmanuel Macron vorgesehen. Der Staatsschef muss den Élysée-Palast im Mai 2027 nach zehn Jahren verlassen. Seine Amtszeit endet, während Frankreich mit einer hohen Staatsverschuldung und erheblichen Haushaltsproblemen kämpft. Wie das Nachrichtenportal Politico am Donnerstag berichtet, geht die Summe aus einem parlamentarischen Haushaltsbericht hervor.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

und: **Österreich: Zehntausende bei Studentenprotesten in Wien**

Neben der Hochschulfinanzierung ging es auch um Arbeitslosigkeit und fehlende berufliche Perspektiven.

Die Studentenproteste erreichen Österreich: Unter dem Motto „Alarmstufe Rot – #UnisRetten!“ versammelten sich die Demonstranten am Nachmittag vor der Technischen Universität Wien am Karlsplatz und zogen anschließend durch die Innenstadt. Zu dem Protest hatten die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH), Universitäten und Hochschulvertretungen aufgerufen. Beteiligt waren neben Studierenden auch Lehrende, Forschende und andere Universitätsbeschäftigte.

Quelle: [World News Monitor](#)

3. **»Ihr müsst auch liefern«, warnt der Kanzler**

Die EU müsse wachsen, um sich gegen Russland zu behaupten, sagt Friedrich Merz. Er wirbt hartnäckig um den Westbalkan – doch der Prozess sorgt für Frust auf allen Seiten. [...]

Merz warnt: »Der westliche Balkan darf nicht zu einem Ort werden, auf dem große Mächte um Einfluss ringen.« Doch genau das passiert bereits. Der zähe Annäherungsprozess bietet anderen die Gelegenheit, den Kurs der Staaten Richtung EU zu durchkreuzen. Vor allem Russland und China üben Einfluss in der Region aus, Pekings Außenminister Wang Yi war ebenfalls erst diese Woche in Montenegro. Russland beeinflusst die Politik in Serbien stark. Die USA verfolgen eigene energiepolitische Ziele oder Geschäftsinteressen. In dieser Gemengelage will Merz mit seiner neuerlichen Reise ein Zeichen setzen: »Die EU muss wachsen, wenn sie auf dieser Welt ihre Souveränität behaupten will und sie als Machtfaktor in der Welt wahrgenommen werden will.«

Quelle: [Zeit Online](#)

4. **Erzeugerpreise als frühes Signal für steigende Verbraucherpreise?**

Die Erzeugerpreise in der Industrie, die bei meinen Analysen in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt haben, treten nun auf einmal wieder in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Sie sind nämlich deutlich gestiegen. Um 6,7 Prozent haben sie im September im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Das liegt natürlich fast ausschließlich an den Preissteigerungen für Energie (die wir ohne Wenn und Aber Donald Trump und seinem höchst absurden Angriffskrieg gegen den Iran verdanken). Ohne Energie-Produkte gerechnet, stiegen die Erzeugerpreise nur um etwas mehr als 3 Prozent, was allerdings auch noch eine falsche Rechnung ist, denn Energie wird bei

der Herstellung aller Produkte verwendet und ist folglich auch dort preistreibend, wo man es nicht unmittelbar erkennen kann.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

5. **Volkswagen: Klassenkampf von oben**

Es ist ein Generalangriff. Und ein Offenbarungseid. Das Volkswagen-Management hat zehn (!) für den Konzern geltende Tarifverträge gekündigt. Darunter fallen der Entgelt-, Ausbildungs- und sowie der Manteltarifvertrag, wobei sie grundsätzlich nachwirken. Nicht betroffen ist die bis Ende 2030 geltende Beschäftigungssicherung. Zusätzlich wurde aber noch bekannt, dass die Gehälter weltweit für vier Jahre eingefroren werden sollen. Nach der Androhung von Werksschließungen hat die Führungsetage des Autobauers damit eine neue Eskalationsstufe gezündet. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Quelle: [DGB Niedersachsen #schlaglicht](#)

dazu: **660.000 auf Nulldiät**

Anfang der Woche bestätigte die IG Metall entsprechende Medienberichte: Der VW-Konzern habe weltweit Personalvorstände angewiesen, bis 2030 alle Tariflöhne auf dem jetzigen Stand einzufrieren. Bislang gab es seitens der Zentrale lediglich eine Empfehlung an Skoda, Seat, Porsche und andere Markenvorstände, sich an den jeweiligen Inflationsraten im Land zu orientieren. Ferner sollten mögliche Lohnerhöhungen in den 111 Produktionsstätten des Konzerns national verhandelt werden.

Quelle: [unsere zeit](#)

6. **Allen Wahniederlagen zum Trotz geht der Angriff der Regierung auf den Sozialstaat ungebremst weiter: Ansagen von oben**

„Ich habe nicht die Absicht, der Liebling der Nation zu werden.“ Es sind diese Momente, in denen man Friedrich Merz für seine selbstherrlich-ignorante und empathielose Art fast dankbar sein könnte. Während seine Amtsvorgänger für gewöhnlich mit blumigen Worten an der Legende von der bürgerlichen Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ und „einer den Interessen der Mehrheit verpflichteten Regierung“ strickten, macht der amtierende Kanzler bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit klar, dass ihn die Meinung großer Teile der Bevölkerung im Allgemeinen und die der arbeitenden Klasse im Besonderen wenig bis gar nicht interessieren.

Quelle: [unsere zeit](#)

7. **In der Eskalationsspirale**

Die Wirtschaft der Ukraine wird in diesem Jahr nicht wie zunächst erwartet leicht wachsen, sondern zum Stillstand kommen. Dies geht aus der Herbstprognose des

Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) hervor. Ursache sind demnach Russlands Angriffe auf die Exportinfrastruktur der Ukraine, die zu dramatischen Einbrüchen etwa beim Getreideexport und infolgedessen bei den Einnahmen des Landes geführt haben. Kiew werde deshalb noch stärker als bisher von Geld aus dem westlichen Ausland abhängig sein, heißt es beim wiiw. Mit seinen Angriffen antwortete Russland auf ukrainische Angriffe auf russische Lagerhäuser und Raffinerien, die im Westen – auch in Deutschland – weithin mit Schadenfreude quittiert wurden. Aus ihnen geht die russische Wirtschaft allerdings nur leicht geschädigt hervor und wird laut wiiw im zuvor prognostizierten Ausmaß wachsen. Die Hauptgeschädigten der Eskalationsspirale sind die Ukraine und ihre Bevölkerung. Zudem eskalieren die Kosten für ihre westeuropäischen Kriegsfinanziers – für 2027 fehlen in Kiew ungefähr 70 Milliarden Euro. Die Kosten für den Wiederaufbau wurden bereits zu Jahresbeginn auf 588 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

8. **Trump, Selenskyj, die Realität eines russischen Sieges.**

US-Präsident Donald Trump schwatzt mal so, mal so. Unser Kolumnist aus den USA, Patrick Lawrence, meint allerdings, in gewissen Aussagen seine echten Absichten zu erkennen.

Die Präsidenten Trump und Selenskyj liegen erneut im Clinch. Dieser jüngste Ausbruch in der zerrütteten Fehde zwischen dem ignoranten Amerikaner und dem machtlosen Ukrainer begann, als Präsident Trump am Freitag, dem 9. Oktober, ein langes Telefongespräch mit Wladimir Putin beendete und eine Vereinbarung über den Import von fast 5 Millionen Tonnen russischem Dieselkraftstoff ankündigte. Genau in diesem Moment betrat Selenskyj gerade den Verhandlungsraum, um mit Trumps „Sonderbeauftragten“ darüber zu sprechen, wie der Krieg mit Russland beendet werden könne. Wenn es um diplomatisches Fingerspitzengefühl und feines Gespür für den richtigen Zeitpunkt geht, ist Donald Trump unübertroffen...

Quelle: [Globalbridge](#)

9. **Waffen für Kiew: Ukraine darf künftig Rüstungsgüter über Nato-Agentur NSPA beschaffen**

Kiew soll Waffen, Munition und militärische Ausrüstung künftig über die zentrale Beschaffungsagentur NSPA beziehen können. Das soll Lieferungen beschleunigen und verbilligen.

Die Nato öffnet der Ukraine den Zugang zu ihrer zentralen Beschaffungsagentur NSPA. Kiew soll über die in Luxemburg ansässige Behörde künftig Waffen, Munition und militärische Ausrüstung einkaufen können. Das berichtet die britische Wirtschaftszeitung Financial Times am Donnerstag. Die neue Vereinbarung soll der ukrainischen Regierung einen schnelleren und günstigeren Zugang zu Rüstungsgütern

verschaffen.

Die bei der Nato-Beschaffungsagentur NSPA für Einsatzunterstützung zuständige Direktorin Jacqueline Borsboom sagte der Financial Times, die Vereinbarung biete der Ukraine einen strukturierteren Rahmen, um die Leistungen der Agentur zu nutzen. Dazu gehörten Fachwissen beim Einkauf, Unterstützungsdienste und der Zugang zu einem etablierten Netz von Rüstungslieferanten.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Und das ist natürlich immer noch kein Stellvertreterkrieg der NATO.*

10. **Finnland will eine Million Landminen kaufen**

Helsinki plant die Beschaffung von einer Million Antipersonenminen für rund 100 Millionen Euro. Der Schritt ist die logische Konsequenz aus Finnlands Austritt aus dem internationalen Minenverbot – und ein unmissverständliches Signal an Moskau. Finnland will eine Million Antipersonenminen kaufen. Das bestätigte Oberst Riku Mikkonen vom finnischen Armeekommando der Nachrichtenagentur STT. Für die Beschaffung sind rund 100 Millionen Euro (ca. 112 Millionen US-Dollar) vorgesehen. Erstmals berichtet hatte darüber das Magazin der finnischen Streitkräfte, "Ruotuväki".
Quelle: [t-online](#)

11. **IPPNW appelliert an Bundesregierung, sich an Verhandlungen zu beteiligen**

Die Friedensnobelpreisträgerorganisation IPPNW begrüßt die angekündigten Verhandlungen für eine mögliche Lösung im Krieg Russlands gegen die Ukraine und fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU an der Suche nach einer diplomatischen Lösung des Krieges zu beteiligen. Die Angriffe auf zivile Ziele müssten jetzt endlich eingestellt werden.

Bei einem Treffen Mitte Oktober 2026 zwischen Wolodymyr Selenksky, den US-Unterhändler sowie den Staatschefs von Norwegen und Finnland forderte auch Norwegens Regierungschef Jonas Gahr Støre, dass die europäischen Staaten künftig eine zentralere Rolle in den Verhandlungen einnehmen sollten als bisher. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenkskyj hatte die EU-Staaten bereits Mitte Mai 2026 öffentlich aufgefordert, einen eigenen Beauftragten für Friedensverhandlungen zu benennen, was unter anderem Bundeskanzler Friedrich Merz und der französische Präsident Emmanuel Macron jedoch vehement abgelehnt hatten.

Quelle: [IPPNW](#)

12. **Neue Spannungen im Nahen Osten: Nue Angriffspläne, Iran droht**

Die USA und Israel planen laut New York Times Angriffe auf die iranische Energieinfrastruktur, die Atomanlagen sowie auf das Raketen- und Drohnenarsenal.

Die US-amerikanischen und israelischen Streitkräfte haben konkrete Pläne für erneute Angriffe gegen den Iran nach den US-Zwischenwahlen entwickelt. Das berichtet die New York Times unter Berufung auf anonym Regierungsquellen.

Im Zuge der Planung einer kurzen, aber intensiven Operation hätten die US-amerikanischen und israelischen Streitkräfte ihre Übungen verstärkt und Flugzeuge über dem Irak eingesetzt, um Angriffsmanöver zu trainieren. Verteidigungsminister Pete Hegseth soll sich diese Woche in Israel mit Premierminister Benjamin Netanjahu getroffen haben, um neue Angriffe zu besprechen, so US-Beamte.

Die israelische Luftwaffe hatte sich bei ihren Flügen bis nahe an die iranische Grenze begeben.

Quelle: [World News Monitor](#)

13. **Kriegstauglich bis ins Krankenzimmer**

Universitätskliniken und BG-Kliniken fordern Milliardeninvestitionen und neue Strukturen für den »Bündnis- und Verteidigungsfall«

Auf dem Gang stapeln sich Tragen, im Operationssaal läuft die Uhr gegen die Verwundeten. Blutkonserven werden rationiert, Ärzte entscheiden unter Extremstress, wer zuerst behandelt wird. Draußen rollen weitere Rettungswagen vor die Notaufnahme. Drinnen herrscht Mangelverwaltung: zu wenig Personal, zu wenige Betten, zu wenig Zeit. Was wie eine Szene aus einem Kriegsgebiet wirkt, wird inzwischen auch in deutschen Universitäts- und Unfallkliniken durchgespielt.

Der Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und die berufsgenossenschaftlichen Kliniken der gesetzlichen Unfallversicherung (BG-Kliniken) haben dazu am Dienstag ihr Positionspapier »Krisenvorsorge jetzt umsetzen« vorgestellt. Es fordert milliardenschwere Investitionen, neue gesetzliche Vorgaben und eine engere Verzahnung mit der »Sicherheitsarchitektur des Staates«. Das Ziel: Die 37 Universitätskliniken und 13 BG-Kliniken sollen gemeinsam mit den fünf Bundeswehrkrankenhäusern für den Kriegsfall gerüstet werden.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu: **Modell Kriegsklinik**

Die deutschen Krankenhäuser sollen kriegstüchtig werden. Das verlangen die Spitzen von Universitäts- und Unfallkliniken. Für den »Bündnis- und Verteidigungsfall« fordern sie ein »resilientes« Netzwerk mit Bundeswehrkrankenhäusern, neue gesetzliche Vorgaben und milliardenschwere Investitionen. Hinter der technokratischen Sprache steckt eine schlichte Botschaft: Die zivile Gesundheitsversorgung soll Teil der Kriegsvorbereitung werden. Geplant wird für den Tag, an dem die Verstümmelten der Schlachtfelder auf deutschen OP-Tischen liegen.

Dabei scheitert die Versorgung vielerorts bereits im Frieden.

Quelle: [junge Welt](#)

14. **Flasbarth schmeißt hin**

Das Interessante an dieser Personalie ist der Zeitpunkt: Jochen Flasbarth, der verbeamtete Staatssekretär im Bundesumweltministerium, gibt sein hohes Amt auf und wird stattdessen Chef der „European Climate Foundation“. Und zwar einen Monat vor Beginn der UN-Klimakonferenz 2026 (COP31) in Antalya. Verbeamtete Staatssekretäre sind die Kapitäne im Maschinenraum der Politik und Jochen Flasbarths Spezialgebiet war die internationale Klimadiplomatie.

Eine Sprecherin des Bundesumweltministeriums bestätigte gegenüber taz, dass die COP31 in Antalya ohne ihn stattfinden wird. Zudem steht seine Nachfolgerin bereits fest: Heike Henn wird neue Staatssekretärin, aktuell leitet sie im Ministerium die Abteilung für internationalen Umwelt- und Klimaschutz. Weltklimakonferenzen beginnen immer mit der Bonner Frühjahrskonferenz, strittige Fragen bis zur großen COP im November werden dann auf Zwischentreffen und solchen Pre-COPs, wie derzeit im Pazifik, verhandelt. Ein Prozess, an dem Heike Henn eng mitgearbeitet hat. Die Karriere des heute 64-jährigen ist rasant: Mit 16 Jahren trat Jochen Flasbarth in den „Deutschen Bund für Vogelschutz“ ein, mit 21 Jahren wurde er zum Jugendsprecher gewählt. 1990 gab es auch im deutschen Naturschutz eine Wiedervereinigung: Aus Vogelschutzbund West und dem Naturschutzbund Ost wurde „Naturschutzbund Deutschland“ – der Nabu. Als Flasbarth 1992 zum Präsidenten gewählt wird, ist er 30 Jahre. Zehn Jahre lang baut der diplomierte Volkswirtschaftler den Nabu zu einer stärker politisch agierenden Organisation um.

Quelle: [taz](#)

Anmerkung Christian Reimann: Von wegen „Flasbarth schmeißt hin“. Richtig ist vielmehr: [SPD-Staatssekretär wird Chef einer Klima-Stiftung, die Geld aus seinem Ministerium erhielt](#). Dieser Wechsel erfolgt ohne Einhaltung einer Karenzzeit – bestehende Kontakte können sofort genutzt werden. Der neue Posten ist wesentlich höher dotiert als ein Staatssekretär. Die Frage [„Was wurde eigentlich aus den 551 Fragen der Union?“](#) ist auch heute noch aktuell.

15. **“Erfolglosester Flughafen Europas”: Berliner BER wird von Warschau überholt**

Nach dem Ryanair-Rückzug am Berliner Flughafen erwartet die BER-Chefin sinkende Passagierzahlen. Mit seinem polnischen Nachbarn Warschau-Chopin kann der Flughafen in diesem Jahr nicht mehr mithalten. Schlägt sich der fehlende Flugverkehr auch auf die Wirtschaft nieder?

Nachdem Ryanair angekündigt hatte, seine Basis am Berliner Flughafen BER ab Oktober zu streichen, fürchten einige Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit. Der

Warschauer Flughafen Chopin hingegen glänzt mit wachsenden Passagierzahlen und ist auf dem besten Weg, den BER zu überholen.

Quelle: [euronews](#)